

## **ENERGIESTRATEGIE 2050:**

### **EIN BLANKOWECHSEL, DEN MAN NICHT UNTERSCHREIBEN SOLLTE**

Um besser zu verstehen, was auf uns zukommt, ist es sinnvoll, die Botschaft des Bundesrates zu lesen (04.09 2013). Das Bundesamt für Umwelt bestätigt in dieser Botschaft seinen ideologischen Ansatz, der die möglichen Folgen für die Wirtschaft und die Bevölkerung nicht berücksichtigt. Der Begriff „Strategie“ ist absolut fehl am Platz: Wir haben es hier mit einem „Diktat“ zu tun, das beschlossen wurde, ohne irgendein Szenario über die Folgen entwickelt zu haben. Die Konstante des Maßnahmenpakets, das von diesem Amt im Hinblick auf die Entwicklung in Europa vorgeschlagen wird, ist die Flucht nach vorn: Die Schweiz muss unter allen Umständen Klassenbester sein. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahmen wurden nie beurteilt. Ein Beispiel hierfür ist die Lenkungsabgabe für flüchtige organische Verbindungen: eine Maßnahme, die es nur in der Schweiz gibt. Überall sonst in Europa wurde das Problem gelöst, ohne die eigene Wirtschaft zu schädigen. Diese Abgabe kostet die Schweizer Unternehmen ca. 140 Millionen, zuzüglich der Verwaltungskosten für die Unternehmen und den Staat (kantonale Aufsichtsbehörden und Zoll), was die zu zahlende Abgabe in die Höhe treibt. Die 140 Millionen sind nur die Spitze des Eisbergs. Wie viele Arbeitsplätze sind verloren gegangen, wie viele wurden verlagert? Diese Frage wurde nie gestellt. Diese Abgabe ist ein ausgezeichnetes Beispiel für Selbstschädigung. Die Schweiz ist ein Meister in diesem Fach: auf der einen Seite setzt sie sich dafür ein, Freihandelsabkommen zu erzielen und auf der anderen Seite schädigt sie sich selbst durch die Einführung von nicht-tarifären Handelshemmnissen gegen ihre eigene Industrie. Das gleiche gilt für den Vorschlag einer „Grünen Wirtschaft“, die, falls die Initiative durchgesetzt worden wäre, den Wirtschaftssektor gegenüber der Auslandskonkurrenz ernsthaft geschädigt hätte. Die Geschichte wiederholt sich mit der Energiestrategie 2050. Es ist inakzeptabel, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht im Geringsten beurteilt werden. Der Elfenbeinturm, in dem die Beamten, die diesen Vorschlag ausgearbeitet haben, sitzen, sieht keinen Kontakt mit der realen Welt, der Welt der KMU und der Bevölkerung, vor. Im Vergleich zu dem Maßnahmenpaket der Energiestrategie 2050 sind die Lenkungsabgabe auf flüchtige organische Komponenten und der Gesetzesvorschlag für die „Grüne Wirtschaft“ nur kleine Fische. Wir haben es mit einer „Black Box“ zu tun, die Beamten anvertraut werden soll, die mit dem Mechanismus in keiner Weise vertraut sind, die damit nach Belieben, abseits der parlamentarischen Kontrolle, spielen können und nicht das geringste Interesse haben, die möglichen Folgen zu beurteilen. Die Energie ist der Motor unserer Wirtschaft. Die Kosten und Verfügbarkeit der Energie beeinflussen unseren Alltag und die Unternehmensentscheidungen. Der Energiebedarf wird weiter steigen und die fossilen Brennstoffe (Erdöl, Kohle und Gas) können kurz- und mittelfristig nicht ersetzt werden, im Gegenteil, ihr Einsatz nimmt weltweit weiter zu. Die Deindustrialisierung der Schweizer Wirtschaft und die Einsparungen für Transport und Wärmedämmung von Gebäuden haben zu einer Entkoppelung zwischen dem Anstieg des Energieverbrauchs und dem Wirtschaftswachstum geführt. Dagegen hat sich der Anstieg des Stromverbrauchs im Vergleich zum BIP verstärkt (öffentliche Verkehrsmittel, Heizung, Computer, Wärmepumpen, Elektromotoren). Die vorgeschlagene Senkung des Energieverbrauchs ist utopisch und führt uns geradewegs in eine Planwirtschaft und zu einem erheblichen Verlust unseres Wohlstands. Der Schweizer Beitrag auf globaler Ebene ist unerheblich: 90% des weltweiten Anstiegs des Energieverbrauchs basieren noch auf lange Sicht auf fossilen Brennstoffen“

Die aktuelle Wirtschaftslage hat sich dramatisch verändert: am 15. Januar 2015 (Entwertung des Euro gegenüber dem Schweizer Franken) haben alle erkannt, dass die Schweiz in Europa liegt und ihre Produktionskosten ständig mit denen der europäischen und auch globalen Wettbewerber verglichen werden. Die Schweizer Wirtschaft hat im Verhältnis zum Ausland exorbitante Produktionskosten. Abgesehen von der Pharmaindustrie, sind alle anderen Wirtschaftsbereiche mit großen Problemen konfrontiert: die Schweizer Wirtschaft steht unter Druck, wir dürfen nicht zulassen, dass diese Lage künstlich weiter verschärft wird. Im Falle der Annahme der Energiestrategie 2050 wird die Deindustrialisierung unserer Wirtschaft weiter verschärft und wir werden mehr und mehr mit sozialen Problemen konfrontiert. Die Beamten aus dem Bundesamt für Umwelt sind weit von der wirtschaftlichen Realität entfernt und ihre Gehälter zwingen sie nicht, die Welt aus dem Blickwinkel derjenigen zu betrachten, die ihre Familie mit einem Gehalt von 5000 Franken ernähren müssen und laut diesem Gesetz zusätzlich mit monatlich 300/400 CHF zur Kasse gebeten werden. Dies erhöht die Unsicherheit der Beschäftigung im gesamten Industriesektor. Dieses Gesetz verringert die Energieautonomie der Schweiz und zwingt uns, Energie zu importieren. Die Energieversorgung wird instabil, da wir von der Diskontinuität in der Produktion der Windenergie und Photovoltaik in Deutschland abhängig sein werden. Wir werden gezwungen, auf weniger saubere ausländische Energiequellen (Import von Kohle und Atomenergie) zurückzugreifen: das alles in einem Kontext, wo das lokale Windenergiepotenzial begrenzt ist und die Photovoltaik-Produktion im Winter mehrere Monate lang nicht funktionieren kann (Nebel auf dem Mittelland). Die Ziele einer Reduzierung sind absolut utopisch: die Verringerung des Energieverbrauchs pro Kopf um 16% bis 2035 und um 13% für den Strom steht im Widerspruch zum globalen Wachstum des Energieverbrauchs. Zwischen 2020 und 2050 muss der Energieverbrauch um 26%, d.h. um 9% pro Jahr sinken. Der Verbrauch der erneuerbaren Energie müsste um 70%, d.h. um 2,34% pro Jahr steigen. Der Verbrauch von Heizöl, Benzin und Diesel müsste um 58% (1,94 % pro Jahr) sinken. Man muss nicht unbedingt ein Genie in Ökonometrie oder Mathematik sein um zu verstehen, dass diese Zahlen ohne eine robuste „Gewaltanwendung“ sprich massive Preiserhöhungen nicht zu erreichen sind. Die Zeche hierfür bezahlen alle Verbraucher, das Personal im Produktionssektor, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen (insbesondere die der kleinen und mittelständischen Unternehmen), die Randregionen und die Berggebiete. Wir dürfen diesen Blankowechsel nicht unterschreiben: Wenn wir uns des Fehlers bewusstwerden, ist der Schaden bereits irreversibel.

Dr. Emanuele Centonze

*KMU- Unternehmer, Mitglied im Direktorium von scienceindustries*